

Für eine neue Solidarität mit der Provinz - Überlegungen zu einer Neubestimmung ländlicher Gewerkschaftsarbeit

Martin Struller, geb. 1956 in Nennslingen (Mittelfranken), Politologe, Mitautor einer Fallstudie zur Gewerkschaftstradition in der Provinz, lebt in Paderborn. Er beschäftigt sich zur Zeit mit dem Spannungsverhältnis zwischen alten und neuen politischen Bewegungen in der Provinz.

Albert Herrenknecht, geb. 1952 in Bad Mergentheim, ausgebildeter Lehrer, Autor eines Grundlagenartikels zu Strukturproblemen gewerkschaftlicher Jugendarbeit in der Provinz. Er lebt in Boxberg (Main-Tauber-Kreis) und betreibt dort das „Informationsbüro Provinzarbeit“, das sich mit Entwicklungsalternativen für den ländlichen Raum befaßt.

Provinz als gewerkschaftspolitisches Problemgebiet

Die Provinz als „schwarzer Erdteil“ (Kurt Tucholsky) ist auch für gewerkschaftliche Arbeit ein schwieriges Terrain: „Geht nur mal auf das Land, seht und hört euch um und ihr werdet vernehmen den Haßgesang gegen die Gewerkschaften. Ihr könnt ihn hören in Guts- und Bauernhöfen, in Forstbetrieben, in Handwerks- und Industriebetrieben, in den Kneipen und von der Kanzel mancher Kirchen, ihr könnt ihn nachlesen in den Provinzblättern ‚Ausgabe Land‘. Können wir unsere Arbeitskollegen auf dem Lande mit dieser Propaganda allein lassen?“¹ Auch wenn sich seit 1957, dem Jahr, aus dem dieses Zitat stammt, in der Provinz einiges verändert hat, aus der offenen Gewerkschaftsfeindlichkeit eine subtile Behinderung gewerkschaftlicher

¹ Die Quelle, Heft 11/1957, S. 524.

Arbeit wurde, bleibt das Grundproblem fehlender Verankerung und Präsenz der Gewerkschaften auf dem Lande bestehen. Die alte Forderung, eine Gewerkschaftsform zu suchen, die gerade auf dem Lande „die wirtschaftlich schwachen Gruppen gewerkschaftsstark“² macht, bleibt bestehen, solange soziale Gerechtigkeit und Fortschritt in Stadt und Land immer noch nicht im gleichen Maße realisiert sind.

Das größte Problem für ein verstärktes gewerkschaftliches Engagement in der Provinz ist die schon von Karl Marx beklagte „Zerstreuung“³ der ländlichen Arbeiter über die Fläche, die verhindert, daß sich auf dem Lande gewerkschaftliche Arbeit als „Bewegungskraft“ (Marx) entfalten kann. Kleinbetriebsstrukturen, zahlenmäßig geringere Belegschaften, weite Pendelwege und so weiter führen zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung in der Fläche. Die politisch-ökonomische Lage der Provinz widerspricht einer auf Menschenzusammenballung, Großbetriebe, zentrale Organisation und Professionalisierung ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit. Gewerkschaftliche Arbeit auf dem Lande ist wegen der vorherrschenden Orientierung an diesen Organisationsformen so schwierig. Deshalb erscheint es sinnvoll, den Widerspruch von beiden Seiten her zu beleuchten und zu untersuchen, welche Probleme Gewerkschaften mit Provinzstrukturen haben. Vielleicht läßt sich vorhandene Organisationsblindheit überwinden, eine andere Provinzsicht und eine Neudefinition der Rolle der Gewerkschaften auf dem Lande einleiten.

Die provinziellen Verhältnisse als Strukturproblem gewerkschaftlicher Arbeit auf dem Lande

Das Hauptproblem gewerkschaftlicher Arbeit in der Provinz ist sicherlich der durch „Fortvegetation altertümlicher, überlebter Produktionsweisen“ (Marx)⁴ und Herrschaftsformen besonders zähe und undurchsichtige *provinzielle Kapitalismus*: Patriarchalische Betriebsführung, über den Betriebsalltag hinausreichende Abhängigkeit vom Lokalpatron und die damit einhergehende Sozialmythologie der „Belegschaftsfamilie“, die je nach Stimmungs- und Interessenslage autoritär tyrannisiert oder klientelhaft um- und versorgt wird, sind Relikte dieses alten Feudal-Kapitalismus. Auch wenn heute nicht mehr der „Schlotbaron“ oder „Krautjunker“ in der Doppelherrschaft von feudaler Macht und lokalem Fabrikbesitz die Dörfer kontrolliert, auch wenn durch regionale Mobilität und Ausweitung des Arbeitsmarktes die örtliche Abhängigkeit durchbrochen wurde, wirken diese alten Herrschaftskulturen in modernisierten Formen immer noch nach: Der lokale Unternehmer ist persönlich bekannt, hat das Image eines hilfsreichen Nachbarn. Er sponsert die Gemeinde und ist Mäzen der Vereine. Er hilft hin und wieder mit Maschinen

2 Albin Karl, Konzept der „Allgemeinen Gewerkschaft“, zitiert nach: Uwe Neumann/Wolfgang Schäfer, Gewerkschaftssekretäre in der industriellen Provinz - Arbeitertribune oder Verwalter sozialer Rückständigkeit?, in: Gerd-Uwe Boguslawski/Bodo Irrek (Hrsg.): Ohne Utopien kann der Mensch nicht leben-Beiträge zur Gewerkschaftsarbeit, Göttingen 1985, S. 152.

3 Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW Bd. 23, S. 529.

4 Ebda, S. 15.

aus und spielt den gönnerhaften, väterlichen Patron. Gegen einen solchen, vor Mitmenschlichkeit strotzenden Provinzunternehmer gewerkschaftlich zu Felde zu ziehen, die Arbeitsbedingungen im Betrieb anzuprangern, Rechtsvertretungen zu fordern, die Einhaltung von Gesetzen, Tarifvereinbarungen und anderen Abschlüssen ständig einzuklagen, erscheint gleichsam als Majestätsbeleidigung, Ruf Schädigung, Aufwiegelung und Unruhestiftung.

Aber nicht nur von oben, von Seiten des besonderen Provinzunternehmer-typus her wirkt die Provinz negativ auf die Entstehung eines gewerkschaftspolitischen Bewußtseins ein. Viel fundamentaler funktioniert der Prozeß der „inneren Provinzialisierung“, die Erblast der provinziellen Sozialisation, wie sie sich im weithin ausgeprägten Arbeiter-Bauern-Bewußtsein⁵, in der ländlichen Arbeitswut und absoluten Leistungssucht niederschlägt.

„Das ‚Trojanische Pferd der Provinz‘, die Arbeitsmoral der Arbeiter-Bauern, ihre entsolidarisierende Gier nach Überstunden und Opferbereitschaft, ihre Leistungsideologie, die Arbeit beinahe als Hochleistungssport erscheinen läßt und ihre Identifikation mit der Unternehmerrolle machen ein Lohnarbeiterbewußtsein, das Basis eines Gewerkschaftsbewußtseins ist, in der Provinz so schwer. Alte Bewußtseinformen bäuerlicher Existenz, der Allwert der schaffenden Arbeitskraft, das Überspringen der kapitalistischen Trennung von Produktion und Reproduktion, das Selbstwertgefühl, das sich erst über die totale Leistungsanspannung (Arbeits-Tier-Dasein) herstellt, verhindern den kritischen Umgang mit der eigenen Arbeitskraft und kommen der Ideologie des Käufers der Arbeitskraft näher als dem Bewußtsein, Lohnarbeiter zu sein.“⁶

Angesichts eines derartigen „Strukturkartells“ provinzieller Bewußtseinsinhalte ist es nicht verwunderlich, daß „das subjektive Vertretungsbedürfnis durch Betriebsräte und Gewerkschaften kaum vorhanden“⁷ ist, daß statt Gewerkschaftsmacht Gewerkschaftsohnmacht vorherrscht. Kein Wunder, daß in solchen Betrieben und Regionen die Gewerkschaft abtaucht, eine Art legale Untergrundarbeit betreibt und quasi geheimbündlerisch agiert. Die rein informelle Präsenz der Gewerkschaft macht sie für die politische Öffentlichkeit „unsichtbar“ und somit als politische Kraft wirkungslos. Dies ist die lautlose Anpassung an die „Kultur des Schweigens“ (Freire), wie sie in der Provinz regiert. Die offizielle Gewerkschaftskultur versteckt sich in den Kanälen eines fein ausgebauten Zirkelwesens, verflüchtigt sich in Gemeindegänge und Wirtshaushinterzimmer, bewegt sich nur noch im Rahmen der eigenen Organisation und gibt damit die regionale Öffentlichkeit kampflos preis. Zu so wichtigen Themen wie Dorfentwicklung, regionale Strukturpolitik, ökologi-

5 Vgl. Onno Poppinga, Bauern, Bauernverband und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), 23. Jg. Heft 8/72, S. 484-494.

6 Albert Herrenknecht, Strukturprobleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit auf dem Lande, in: Albert Herrenknecht/Detlef Lecke (Hrsg.): Jahrbuch Provinzarbeit I, München 1981, S. 119-120 (Das Buch ist nur noch über den Pro Provincia-Versand, Franken-Dom-Str. 74, 6973 Boxberg-Wölchingen erhältlich).

7 Lutz Hoffmann u. a., Dörfliche Sozialbeziehungen und betriebliche Interessenvertretung, in: Die Mitbestimmung, 33. Jg., H. 1-2/87, S. 56.

scher Umbau und so weiter liest man in der Provinzpresse aus gewerkschaftlicher Sicht kaum etwas. Die Gewerkschaft auf dem Lande ist noch defensiver als es die tatsächliche alltägliche Behinderung ihrer Arbeit verlangen würde.

Auch in den „Gewerkschaftsprovinzen“, den „roten Inseln“ der Arbeiterbewegung auf dem Lande, die durch das Fortleben einer Arbeiterkultur, durch überdurchschnittliche Mitgliederzahlen oder aufgrund besonderer Aktivitäten *die* Bastionen in der sonst feindlichen Provinz waren, zeigen sich Abnutzungserscheinungen und Veränderungen, die auf ein Ende der Arbeiterbewegungstradition hinweisen: Mit der Entflechtung dörflicher Sozialbindungen löst sich auch das dörfliche Arbeitermilieu auf; die herkömmliche Prägung durch Familie, Vereine und Arbeit zerfällt. An ihre Stelle tritt eine pragmatisch orientierte Arbeitergeneration⁸, die ein eher funktionales Verhältnis zur Gewerkschaft hat und die Mitgliedschaft eher als eine Art „Arbeitskraft- und Rechtsschutzversicherung“ begreift. Von den ehemaligen „roten Inseln“ der Arbeiterbewegung in der Provinz eine Erneuerungskraft als eine Art stille „gewerkschaftliche Ressource“ zu erwarten⁹, erscheint angesichts der tatsächlichen Entwicklungshnien und -probleme als eine Fehlprognose. Gleichwohl ist es sinnvoll, die „provinzielle Arbeiterbewegungsgeschichte von unten“ - wie es in Geschichtswerkstätten allenthalben geschieht¹⁰ - auszugraben, um das Vorurteil der flächendeckenden Abwesenheit der Arbeiterbewegung in der Provinz praktisch zu widerlegen. Die aktuelle Ausgrabung provinzieller Betriebsgeschichte, linker Arbeiterdörfer, regionaler Arbeiterbewegungszentren auf dem Lande und so weiter kann indirekt zur Verstärkung des eigenen Bewußtseins beitragen und als politische Verwurzelung auch in den Alltagsauseinandersetzungen wirksam werden.

Strukturprobleme der gewerkschaftlichen Provinz

Aus der Sicht der gewerkschaftlichen Aktivisten in der Provinz erscheinen die Gewerkschaften mit ihren großbetrieblichen, industriellen und städtischen Organisationsformen wie eine Fremdstruktur, die zu ihren Alltagsfragen von Klein- und Mittelbetrieben, handwerklichen und gewerblichen Kleinökonomien und ehrenamtlichen Organisationsstrukturen schlechterdings nicht paßt. Wie zentraler Organisationsanspruch und provinzielle Strukturen in der alltäglichen Arbeit zusammenstoßen, soll anhand von drei zentralen Punkten veranschaulicht werden.

1. Die *Schaffung und Besetzung von hauptamtlichen Stellen in der Provinz* allein von der Mitgjiederstärke abhängig zu machen ist fatal, weil das zur chronischen Unterbesetzung der Geschäftsstellen und zur permanenten Überar-

8 Vgl. Hoffmann u. a., Dörfliche Sozialbeziehungen, S. 57.

9 Vgl. Uwe Köhler u. a., Tradition der Arbeiterbewegung und Gewerkschaft in der Provinz heute. Eine Fallstudie, in: R. Ebbinghausen/F. Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen 1984, S. 490.

10 Vgl. Arbeitskreis zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Raum Marbach a. N. (Hrsg.), Arbeiterkultur in der proletarischen Provinz 1890-1933, Marbach 1983 und Lutz Hoffmann u. a., Zwischen Feld und Fabrik- Arbeiteralltag auf dem Dorf von der Jahrhundertwende bis heute, Göttingen 1986.

beitung der dort tätigen Sekretäre führt. Noch verheerender wirkt es sich aus, wenn innerorganisatorische Rationalisierungsmaßnahmen vor allem das schwächste Glied in der Kette, die provinziellen Außenstellen, treffen und gerade in diesem schwierigen „Frontbereich“ gewerkschaftlicher Arbeit Verwaltungsstellen abgebaut werden. Mit einer solchen Politik wird unweigerlich eine Niedergangsspirale in Gang gesetzt: Der Stellenabbau (begründet mit der Mitgliederschwäche) führt zur schlechten Versorgung der noch vorhandenen Mitglieder, diese fühlen sich im Stich gelassen und treten aus; der Mitgliederschwund führt zu neuen Rationalisierungsmaßnahmen: Eine weitere Hauptamtlichenstelle wird gestrichen. Die verbleibenden Sekretäre sind hoffnungslos überfordert und stellen die Flächenversorgung ein. Dies führt zu weiteren Austritten...

Nicht die Mitgliederdichte darf der Gradmesser der Gewerkschaftspolitik in der Provinz sein, sondern die tatsächlich anstehende Arbeit und ihre auf dem Land besonders schwierige Alltagsbewältigung. Gewerkschaftliche Arbeit in der Provinz muß deshalb antizyklisch sein, das heißt es müssen sogar mehr Stellen eingerichtet werden, um einen Mitgliedereinbruch zu vermeiden, um offensiv werden zu können und den über die Alltagsarbeit hinausreichenden gesellschaftspolitischen Radius als *sozialpolitischer Anwalt der Fläche* ausfüllen zu können. Diese Funktion wird in Zukunft immer bedeutungsvoller, denn der verstärkte Rückzug der staatlichen Regionalpolitik aus der Fläche¹¹ schafft ein strukturpolitisches Vakuum, das ländliche Regionen entweder der passiven Sanierung ausliefert oder zum Standort sozialpolitisch und ökologisch äußerst fragwürdiger Unternehmen verkommen läßt. Hier ist Gegensteuerung dringend geboten und Gewerkschaft als Organisationsmacht unmittelbar gefordert.

Aber nicht nur die drohende *Provinzialisierung der Fläche* durch Arbeitsplatzvernichtung, Stilllegung landwirtschaftlicher Betriebe, Strukturabbau und Ansiedlung zweitklassiger Industriebetriebe in der Provinz zwingt zum Ausbau des gewerkschaftlichen Engagements auf dem Lande, sondern auch organisations-pragmatische Gründe erfordern eine Reorganisation der gewerkschaftlichen Infrastruktur im ländlichen Raum. Glaubt man den Aussagen örtlicher Sekretäre und Geschäftsführer¹², so existiert in der Provinz ein breites, bisher nicht erreichtes und angesprochenes Mitgliederpotential, das angesichts des Niedergangs alter Industrievierviere und soziologischer Verschiebungen in der Arbeiterschaft eine große organisationspolitische Bedeutung gewinnen könnte.

2. Die Gewerkschaften in der Provinz müssen ihre *Berührungsgangst gegenüber Kleinbetrieben*¹³ endlich abbauen und sich darauf einrichten, daß die Klein-

11 Vgl. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Informationen zur Raumentwicklung: Regionalbewußtsein und Regionalentwicklung, Heft 7/8, 1987.

12 Uwe Neumann/Wolfgang Schäfer, Gewerkschaftssekretäre in der industriellen Provinz, S. 148 ff.

13 Vgl. Wolfgang Rudolph/Wolfram Wassermann, „Die Gewerkschaft ist weit, aber der Chef steht uns jeden Tag auf den Füßen!“, in: Die Mitbestimmung, 33. Jg., H. 1-2/87, S. 7-12; Matthias Knuth, „Ich bin Betriebsratsvorsitzender in 30 Betrieben!“, in: Die Mitbestimmung, 33 Jg., H. 1-2/87, S. 67-69.

betriebs-Frage sich nicht von selbst durch deren Niedergang lösen, sondern als Dauerproblem gewerkschaftlicher Arbeit bestehen bleiben wird.

Kleinbetriebe sind nicht nur eine typisch provinzielle Form der ökonomischen Produktion, sondern erfreuen sich darüber hinaus, trotz ihrer tarifpolitischen Minderwertigkeit aufgrund ihrer Arbeitsorganisation (Betriebsklima, Qualität der Einzelfertigung, Grad des selbständigen und eigenverantwortlichen Arbeitens und so weiter), neuer Beliebtheit.

„Auch wenn die Arbeitsbedingungen in den Kleinbetrieben in der Regel härter und der effektive Lohn niedriger ist, so stimmt es doch keineswegs immer, daß diese Situation den Arbeitern unerwünscht ist, wenn sie die Möglichkeit haben, in der Familie mehrere Einkommensquellen zusammenzutun. In dieser Perspektive erweist sich die Organisationsform des Kleinbetriebs als durchaus ambivalent. Vorwiegend nicht in den großen Modernisierungsstrom einbezogen, scheint sie bisweilen in der Lage, Stütze alternativer Sozialformen zu sein, die nicht zwangsläufig von den großen Organisationen des modernen Sektors dominiert werden. Diese Ambivalenz nimmt sogar noch zu, wenn man den Kleinbetrieb nicht mehr nur als den Ort sieht, an dem sich traditionelle Produktionsweisen und typisch marginale Arbeitsbeziehungen organisieren, sondern als Ort technologischer Innovationen, wie sie die neuen Technologien bieten. Das ist noch nicht alles: Der Kleinbetrieb stellt zunehmend (. . .) ein Instrument und Vehikel einer sozialen Produktionsform dar, an der nicht nur die Unternehmer interessiert sind, sondern auch die Arbeiter und speziell die jungen Arbeiter.“¹⁴

Diesem neuen Bedürfnis wird sich die Gewerkschaftsarbeit zu stellen haben, will sie nicht außen vor bleiben. Mit einer traditionellen „harten Gewerkschaftspolitik“ der Mitgliederrekrutierung und Betriebsratswahlen und der damit angestrebten Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen ist bei vielen selbstbewußten und hochqualifizierten Arbeitern nichts mehr zu holen. Wenn die Belegschaften von Kleinbetrieben insbesondere das informelle Netz an dieser Betriebsform schätzen und als Arbeitsqualität wünschen, kann eine Gewerkschaftspolitik, die die informellen und persönlichen Kommunikationsstrukturen auf breiter Front durch formale und rechtlich abgesicherte Positionen ersetzen will, nur ins Leere laufen: Sie wird als Eindringling wahrgenommen. Stattdessen sollte vielmehr in einem Neuansatz gewerkschaftlicher Politik versucht werden, nicht gegen das informelle Netz, sondern mit ihm als Basis Kleinbetriebspolitik zu machen. Denkbar wären beispielsweise Konzeptionen wie „gesetzlich geförderte und gesicherte „halbprofessionelle“ Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte (für) eine Gruppe von Beschäftigten“¹⁵, eine Art innerbetrieblicher Gruppen-Rat, der dem neuen Bedürfnis nach „innovativer Partizipation“ und „qualifizierter Betroffenen-

14 Lapo Berti, Die lange Geschichte der Nischen - Informelle Ökonomie, Marktwirtschaft und Kapitalismus, in: Freibeuter, H. 24 (1985), S. 20-21.

15 Wolfgang Rudolph/Wolfram Wassermann, „Die Gewerkschaft ist weit“, S. 12.

Mitbestimmung“ entspricht und allemal besser ist als der vielzitierte Ein-Mann-Betriebsrat.

3. Besonders schmerzlich für aktive Gewerkschafter in der Provinz ist es, den *Stadt-Land-Widerspruch in der eigenen Organisation* zu erfahren. Statt hilfreicher Solidarität wird ihnen häufig nur Hohn und Spott zuteil. Sie gelten bei ihren städtischen Kollegen als Dorfidioten, Überstundenschuffer, dumme Säckel und Hinterwäldler.¹⁵ Mit einem ähnlichen Negativ-Image sind die Sekretärs- und Geschäftsführerposten in der Provinz belastet. Sie gelten im krassen Gegensatz zur Realität als „Ruheplätze“ für wenig ehrgeizige und karrierebewußte Gewerkschafter, die sich in der Provinz vergraben, statt die „Funktionärsrolltreppe“ zu besteigen.¹⁷ Auch auf der Betriebsebene setzt sich die Diskriminierung fort, indem provinzielle Betriebsräte von den „Hochsitzen“ der professionalisierten Betriebsräte in städtischen Großbetrieben herunter als Dilettanten und Amateure eingestuft werden.

Um die Stadt-Land-Solidarität innerhalb der Gewerkschaften ist es leider nicht gut bestellt. Statt dessen gilt auch hier als Meßlatte das großbetriebliche Organisationsmodell mit seinen Verwaltungsstellen, hauptamtlichen Betriebsräten und funktionierender Basis, bei dem die ländliche Gewerkschaftsbewegung regelmäßig schlecht abschneidet.

Fehlendes Provinzbewußtsein, das heißt Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten der Provinzlage von oben und ein gesundes provinzielles Selbstbewußtsein bei Mitgliedern und Funktionären unten, macht das Verhältnis der Gewerkschaften zur Provinz so kompliziert und resignativ. In dieser Beziehung besteht ein echter Nachholbedarf an praktischer Solidarität und ideologischer Kurskorrektur.

Für eine neue Solidarität in der Fläche

Es ist an der Zeit, mit dem bisher vorherrschenden Bild der Provinz als gewerkschaftspolitischem Problemgebiet aufzuräumen und immer nur der großstadtzentrierten Politik hinterherzulaufen. Vielleicht hegt in einer *eigenständigen provinziellen Gewerkschaftspolitik*, die den Besonderheiten ländlicher Produktions- und Lebensverhältnisse Rechnung trägt, eine Chance, sich nicht nur als Organisation auf dem Lande zu verbreitern, sondern auch neue Aufgaben wahrzunehmen, sich wieder offensiv regionalpolitisch zu engagieren und zu profilieren. Diese Arbeitsfelderweiterung wäre nicht nur organisationspolitisch wichtig, um die pendelnden, regional-mobilen und nicht am Betriebsstandort ansässigen Arbeiter zu erreichen, ihren Lebensalltag breiter zu erfassen, sondern sie wäre auch programmatisch bedeutsam, um auf die Entwicklungsfragen der ländlichen Regionen Antworten geben zu können. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die Beteiligung der Gewerkschaften an der aktu-

16 Vgl. Albert Herrenknecht, *Strukturprobleme*, S. 127.

17 Vgl. Uwe Neumann/Wolfgang Schäfer, *Gewerkschaftssekretäre in der industriellen Provinz*, S. 129.

eilen Diskussion um eine *eigenständige Regionalentwicklung*¹⁸, die als neue Perspektive für ländliche Räume angesehen wird, von den Gewerkschaften bisher aber kaum wahrgenommen wurde.

Parallel zum regionalpolitischen Comeback der Gewerkschaften müßte die lokale und regionale Bündnispolitik überdacht und neu organisiert werden. Von Aktionen der Friedensbewegung zur Konversion militärischer Arbeitsplätze für die Region zu sinnvollen Arbeitsplätzen, über die Zusammenarbeit mit Direktvermarktungsinitiativen in der Landwirtschaft bis hin zur Gründung von Belegschaftsbetrieben würde das neue gewerkschaftliche Betätigungsfeld für die Provinz reichen. Die Kooperation mit anderen politischen Gruppen ist gerade in der Provinz so wichtig, um die durch die weiten Entfernungen und politischen Hindernisse bedingte *strukturelle Entsolidarisierung* zu stoppen. Das Bündnis von neuen sozialen und alten politischen Bewegungen in der Provinz wäre ein Schritt in die richtige Richtung. So könnte der Sozialraum Provinz wieder zu einem wichtigen Inhalt gewerkschaftlicher Politik und Praxis gemacht werden.

Ein wesentlicher Faktor der neuen Gewerkschaftspolitik auf dem Lande ist der eigenständig denkende und handelnde Gewerkschafter, der bei seiner Arbeit die nötige Unterstützung durch die Organisation erfährt: Dazu gehört eine entsprechende, auf die Persönlichkeitsbildung ausgerichtete Schulung, eine fachliche Qualifikation, die sich nicht nur auf Betriebsprobleme reduziert, sondern auch alle Struktur- und Entwicklungsfragen des ländlichen Raumes umfaßt und eine lernende Mitarbeit in über die traditionelle Gewerkschaftsarbeit hinausreichenden Initiativen. Zu dieser Strategie der schrittweisen Rückholung der Fläche gibt es keine Alternative, es sei denn, man würde die „passive Sanierung der Gewerkschaft in der Provinz“ und die Umwandlung des Landes zur „gewerkschaftsfreien Zone“ für einen sozialpolitischen Fortschritt halten.

18 Vgl. Verein Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e. V., *Eigenständige Regionalentwicklung - Eine neue Perspektive für den ländlichen Raum*, Ulm 1988 und Ulf Hahne, *Von der Eigenständigen zur Ökologischen Regionalentwicklung*, in: *stadt & land - Gesellschaft für raumpolitische Forschung, Planung und Beratung* (Hrsg.), *Ökologische Regionalentwicklung, Raumpolitische Argumente*, H. 4 (1986), S. 1-24.